

Horst Groschopp

Eigene Geschichte in anderer
Gesellschaft

Notiz über Evaluation als Abwicklung

Dokumentation einer Kündigung

Geschichte und Gesellschaft

20. Jahrgang 1994/Heft 2

Sozialgeschichtliche
Probleme des Kaiserreichs

Herausgeber dieses Heftes:
Hans-Ulrich Wehler

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

DISKUSSIONSFORUM

Vorbemerkung. Über die Folgen des Umbruchs von 1989/90 und der deutschen Vereinigung für die Geschichtswissenschaft in ihrem politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umfeld besteht ein erheblicher Orientierungsbedarf. Die vielfach noch nicht abgeschlossenen Vorgänge beim Übergang der bisherigen DDR-Geschichtswissenschaft und mancher ihrer Nachbardisziplinen in die „westliche“ Wissenschaftsorganisation und in den „westlichen“ Wissenschaftspluralismus haben reichlich Unsicherheit erzeugt. Mancherorts, zumal im Ausland, werden diese Vorgänge als Okkupation beurteilt, und es werden ihnen, ob zu Recht oder nicht, inhumane Folgen und Begleiterscheinungen unterstellt. Probleme der Urteilsfindung gibt es darüber hinaus im Forschungsfeld der Geschichtswissenschaft im engeren Sinn, also hinsichtlich der Untersuchung der Ursachen der Vereinigung sowie ihrer Folgen für die Formulierung überzeugender historischer Deutungen. Die Auswirkungen des Umbruchs auf die Interpretation der Geschichte Deutschlands, Europas und der Welt sind in Ansätzen zu spüren, aber noch nicht deutlich abzusehen. Der institutionelle Rahmen hat sich geändert; das intellektuelle Koordinatensystem ist in raschem Wandel begriffen.

In dieser Lage ist eine genauere Kenntnis und offene Diskussion nötig. Die Herausgeber von „Geschichte und Gesellschaft“ stimmen darin überein, daß hierzu im „Diskussionsforum“ über einen längeren Zeitraum hinweg mit einer gewissen Regelmäßigkeit kürzere Beiträge erscheinen sollen. Die Fragen nach den Auswirkungen des Umbruchs auf die Geschichtswissenschaft, nach ihrem Inhalt, ihren Formen und Institutionen, ihrer Praxis und ihrer Theorie, ihrem Personal und ihrer Kultur, sollen zentral sein. So wird die Zeitschrift künftig Dokumentationen und kürzere Beiträge über die Umbildung der fachwissenschaftlichen Organisationsstruktur im Verlauf der Vereinigung, über teilfachspezifische Entwicklungen im Bereich der Geschichtswissenschaft und über Karriereverläufe und Lebensschicksale im Prozeß der Vereinigung veröffentlichen. Die „Sicht von außen“ soll berücksichtigt werden. In einem weiteren Feld kommen Diskussionsbeiträge über den Wandel der „Geschichtsbilder“ in der Folge der Vereinigung zum Abdruck. Die Koordination liegt in den Händen von Jürgen Kocka (Berlin), Klaus Tenfelde (Bielefeld) und Hartmut Zwahr (Leipzig). Manuskripte werden erbeten an Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Univ. Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie, Abt. Geschichte, Postfach 1001 31, 33501 Bielefeld.

Dokumentation einer Kündigung

1. Bio-bibliographische Hinweise

Dozent Dr. sc. phil. Horst Groschopp wurde am 8. Februar 1949 in Zwickau in einem Arbeiterhaushalt geboren. Er absolvierte 1965 die Mittlere Reife und erhielt 1966 den Facharbeiterabschluß als Dreher. 1966 wurde er an die Bergakademie Freiberg (Arbeiter- und Bauernfakultät) delegiert und bestand hier 1968 das Abitur. Bis 1971 studierte er Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin; seine Anstellung als Assistent bei Dietrich Mühlberg erfolgte am 1. Oktober 1971. Von 1974 bis 1976 absolvierte G. den Grundwehrdienst in der Nationalen Volksarmee. Er bezog hierauf wieder die Assistentenstelle und wurde 1978 promoviert (Promotion A zum Dr. phil.); nach der Ernennung zum Oberassistenten 1981 erfolgte 1984 die Habilitation (Promotion B zum Dr. sc. phil.). Gutachter im Habilitationsverfahren waren Dietrich Mühlberg, Wolfgang Jacobeit und Helmut Hanke. Im Februar 1985 wurde G. zum Hochschuldozenten ernannt. In den Jahren von 1978 bis 1981 sowie vom Mai bis zum Dezember 1985 stand er in seinem Anstellungsverhältnis zur Parteiorganisation der SED, „Sektion Ästhetik und Kunstwissenschaften“; dies galt als ein für die Berufung zum Hochschuldozenten erforderlicher „Praxis-einsatz“. Auch in dieser Zeit setzte G. seine Forschungsarbeit an der Humboldt-Universität fort und lehrte zunächst im Bereich „Kulturtheorie“, dann „Kulturgeschichte“ vornehmlich der deutschen Arbeiter, schließlich „Kulturpolitik“ insbesondere der deutschen Arbeiterbewegung. Seit 1989 hat er diese Arbeitsgebiete zu einer Geschichte der Kulturarbeit und Erwachsenenbildung in Deutschland ausgebaut. 1984/85 folgte G. einer Einladung zu einem Studienaufenthalt in den USA bei Herbert Gutman und Jost Hermand. Seit dem 1. November 1993 ist G. arbeitslos. Ein Arbeitsgerichtsverfahren ist anhängig.

Die Dissertation A handelte über „Klassenlage und Lebensbedingungen. Zum Zusammenhang von Klassenanalyse und Analyse von Lebensbedingungen am Beispiel der Entwicklung proletarischer Lebensbedingungen und ihrer Bewertung in der Kulturauffassung einiger zeitgenössischer Theoretiker in Deutschland (1860 bis 1914)“. Das Thema der Habilitation war: „Kulturarbeit der Arbeiterorganisationen im Deutschland vor 1914. Studien zur Geschichte sozialistischer Kulturarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung“. G. hat 1987 unter seiner alleinigen Verfasserschaft ein Buch veröffentlicht: „Zwischen Bierabend und Bildungsverein. Zur Kulturarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914“. Er war Mitverfasser des verbreiteten Werks über „Arbeiterleben um 1900“ (1983) sowie weiterer Bücher über „Kommunale Kulturarbeit. Überlegungen zu einer dezentralen Kulturpolitik in der DDR“ (1989) und „Proletariat, Kultur und Lebensweise im 19. Jahrhundert“ (1986, 1987 sowie englisch 1988). Ferner hat G. an den „Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung“, zum Teil in verantwortlicher Hefredaktion,

samkeit verdient. Allerdings ist, um ihre Spezifika zu erfassen[,] ihre komparatistische Analyse unabdingbar. Vergleiche etwa mit bäuerlicher, feudaler oder bildungs- und kleinbürgerlicher Kultur unterbleiben in Ihren Arbeiten jedoch weitgehend. Methodisch sind Ihre Arbeiten gleichermaßen einseitig an einem nicht sehr subtil entfalteten marxistischen Paradigma orientiert. Wenn diese Arbeiten überhaupt einmal einzelne Materialquellen ausbreiten, so werden diese recht pauschal analysiert. Auch die zur Auswertung von Daten bemühten Theorien sind eher unterkomplex. Die Auseinandersetzung mit Alternativen, sogenannten bürgerlichen Methoden und Ansätzen bleibt häufig oberflächlich und in unproduktiver Weise polemisch. Insgesamt sind Ihre Arbeiten durch eine problematische Überabstraktheit der Wertung charakterisiert, wobei rhetorisch durchaus der Anspruch auf materiale Konkretion erhoben, aber nicht eingelöst wird. Nach der Wende 1989 haben Sie im Rahmen des ABM-Projektes³ „Kulturumbuch“ mitgearbeitet. Die in den Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung vorgestellten Arbeiten lassen eine gewisse Auseinandersetzung mit den Vorzügen und Nachteilen der DDR-Kulturpolitik sowie mit den Problemen der Berliner Kulturinstitutionen nach 1989 erkennen. Sie sind jedoch von ähnlichen methodischen Mängeln wie die zuvor erwähnten Arbeiten charakterisiert. Die einschlägigen Analysen sind nicht so sehr von kulturhistorischen oder kulturwissenschaftlichen Fragestellungen, sondern vielmehr von einem unmittelbar politischen Interesse geprägt. Ihre fraglos vorhandene Kompetenz im Hinblick auf die Kulturpolitik der DDR, [eine Kompetenz,] die eher pragmatischer als wissenschaftlicher Art war, steht heute nicht mehr im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses.

Aus den genannten Gründen ist Ihre Weiterbeschäftigung am bisherigen Arbeitsplatz nicht möglich. Ein anderer Arbeitsplatz sei es des wissenschaftlichen, sei es des sonstigen Dienstes, für [den] Sie qualifiziert wären und [der] Ihnen zumutbar [wäre], steh[t] nicht zur Verfügung. Es verbleibt daher nur der Weg der Kündigung.

Der Personalrat wurde beteiligt. Er hat der Kündigung nicht widersprochen.
Hochachtungsvoll
[gez.: Prof. Dr. M. Dürkop]

³ „Arbeitsbeschaffungs-Maßnahme“.

3. Eigene Geschichte in anderer Gesellschaft. Notiz über Evaluation als Abwicklung

von *Horst Groschopp*

Wenn man als sozialhistorisch arbeitender Kulturwissenschaftlicher mit nie verleugneter DDR- und SED-belasteter Biographie mit dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet in die Bundesrepublik eingetreten ist, sich Hals über Kopf in andere Gesellschaft begeben hat, wenn also einen solchen Menschen, mich, nach drei Jahren Einheit endlich die „Wende“ in Form eines Kündigungsschreibens der Universitätspräsidentin (mangelnder Bedarf und mangelnde fachliche Qualifikation) erreicht (wieso ausgerechnet Du/Ihr erst jetzt, fragen die einen; wieso unbedingt Du/Ihr, andere), dann ist man darauf vorbereitet und der Moment moralischer Empörung nur kurz bemessen. Doch was soll das bedeuten: „nur gewisse Vertrautheit“, „beschränkter Fokus“, „einseitige Methode“, „nicht sehr subtiles marxistisches Paradigma“, „unterkomplexe Theorien“, „Überabstraktheit der Wertung“, „unmittelbar politisches Interesse“ usw. Wer sagt das, woher kommt das, worauf bezieht sich das?

Eine Debatte darüber würde man ja gern führen, aber vor Gericht? Und unter Rechtfertigungsdruck? Und als Kampf um die Stelle? So entsteht kein Diskurs, auch die nächsten Jahre wohl nicht. Schon begriffliche Translationen aus dem Deutschen ins Deutsche sind schwierig. Selbst diejenigen in der DDR, zu denen ich mich rechne, die an die wissenschaftliche Welt hinter der Mauer angeschlossen bleiben wollten, sind in Übersetzungsnot. Häufig ist selbst schon vergessen, worauf sich dies oder das in einer DDR bezog, die sich von ihrem linken staatlichen Nachbarn auf der Landkarte nicht durch Nation, sondern Kultur unterscheiden wollte,⁴ quasi Ethos gegen „Ethnos“. Damit scheint auch jedem im Westen klar definiert, wer sie waren, diese Kulturwissenschaftler.⁵

Das DDR-interne Konsilium ist beendet. Motivationen, nach denen niemand fragt, müssen nicht erklärt werden. Sie sind auch fast gar nicht mehr zu erhehlen, erst recht nicht plausibel zu machen. Das würde nämlich bedeuten, die Kultur der DDR erklären zu können, dies überhaupt zu wollen. Wieso haben Sie (nur) proletarische Kultur untersucht? Wieso hauptsächlich bis 1914? Kul-

4 Vgl. S. Meuschel, *Legitimation u. Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität u. Revolution in der DDR 1945–1989*. Frankfurt 1992, S. 28.

5 Dem Kulturwissenschaftler Helmut Hanke ist wohl zuzustimmen: „Selbst die kritischen Geister in meiner Zunft dienten dem alten System als Rechtfertigung.“ Vgl. *Neues Deutschland*, 23. 5. 1990, S. 8.

turpolitik, Ihr Berufungsgebiet,⁶ hat wirklich etwas mit Wissenschaft zu tun? Meinen Sie tatsächlich, als Ostdeutscher das kulturelle System der Bundesrepublik erklären zu können? (Innere Beruhigung des Historikers: Auch diese Kommissionen und deren Akten werden demaleinst studiert; hoffentlich gibt es welche.)

Es geht nicht um Wissenschaft, es geht um Stellen. Das ist nicht gerade ein Anlaß zum produktiven Gelehrtenstreit. Damit erledigt sich weitgehend die notwendige Auseinandersetzung über das, worüber nun endlich mal zu reden wäre. Boxer im Ring können nicht diskutieren. Strauchelnde tritt man nicht noch. Es trifft sowieso einen bunten Haufen. System ist schwer zu erkennen. Was entsteht, wird hoffentlich niemand erschrecken. Interessant ist, daß sich ein Haltungslager mit der Meinung bildet: Vielleicht sind die Bleibenden „von uns“ gar schlechter dran, wegen der erbrachten Anpassungsleistungen.

Es ist keine belanglose Floskel: Es geht nicht ans Leben. Man kennt die Geschichten aus denen Geschichte entsteht, aus denen die DDR entstand. Zudem herrscht Vertrautheit mit der Debatte, war es nun eine Revolution oder keine? Ralf Dahrendorf meint, ein klassisches Kriterium sei: „Der Hochverrat von gestern wurde zum offiziellen Kredo von heute“, was „eine rasche Zirkulation von Eliten“ bewirke, „begleitet von einer tiefgreifenden Änderung des politischen Systems.“⁷ Das also findet statt. Dann lese ich Wolfgang J. Mommsen über das „Versagen der Intellektuellen“ in der DDR und über dortige „bereitwillige Kollaborateure“ mit der UdSSR.⁸ Das auch noch, denke ich und werde ganz still.

Die welt- und nationalpolitische Handlungsebene bedarf der Anstrengung des Gedankens, um sie zu begreifen. Unterhalb davon ereignet sich viel Individuelles. Man selbst, beteiligt sich an der Analyse zum „Kulturumbbruch“, sichert Material, redet mit, rät hier und da. Da läuft eine spannende Geschichte ab, und plötzlich ist man von der „nationalpolitischen Ebene“ eingeholt und wird von der Strukturbereinigung betroffen.

In den gelesenen Texten erschien das alles noch ganz plausibel. Nicht sehr groß ist aber jetzt die Freude, daß man im Einklang mit dem Gang der Geschichte lebt. Freiheit soll Einsicht in die Notwendigkeit sein, lieber Friedrich Engels? Befördert solcherart Gelerntes das Verarbeiten der neuen Lage, kurz: wird man einsichtiger? Was habe ich davon? Dann (zum Selbstschutz, denn die soziale Phantasie ist beruflich bedingt gut ausgebildet⁹) die Frage, wie

6 Es hieß wirklich „Theorie und Geschichte der Kulturpolitik“. Die Bezeichnungen folgten ministeriellen Vorstellungen. Wer glaubt schon, daß da bis zur „Wende“ nicht die „Kulturpolitik der DDR“ behandelt wurde?

7 R. Dahrendorf, Müssen Revolutionen scheitern? In: Transit 1991/92, H. 3, S. 9, 10.

8 W. J. Mommsen, Die DDR in der deutschen Geschichte. In: Aus Politik u. Zeitgeschichte 29/30, 1993, S. 21.

9 Seltsame Mitteilungen liest man in den Zeitungen, so im Tagesspiegel 28. 8. 1992, S. 10: „Der größte Teil der Ost-Berliner Sozialhilfeempfänger ist keiner der klassischen Problemgruppen

verarbeiten das andere Arbeiternehmer? Setzt das kulturwissenschaftliche Interesse ein, danach zu fragen, wenn man mit ihnen auf der Wartebank im Arbeitsamt sitzt?

Einsicht ja, hinnehmen nein. Christa Wolf schrieb gegen die, wie sie es nannte, „Abwicklungs- und Auflösungstendenz“: „Wir lebten in Widersprüchen, die oft unlösbar waren . . . Wir erlebten und erleben jetzt, daß diese Konflikte entweder geleugnet oder als unerheblich dargestellt werden . . . Je mehr der Wille sich durchsetzt, die reale Geschichte der Menschen, die in der DDR gelebt haben, zu dämonisieren und sie in einem dunklen Loch des Vergessens verschwinden zu lassen, desto geringer ist die Hoffnung, daß wir uns . . . mit der wirklichen deutschen Geschichte . . . auseinandersetzen können.“¹⁰

Und wenn man dann schon über Vierzig ist, in diesen Konflikten so oder so drin war, dann muß das ausgetragen werden. Keine Desertion in die Taxifahrer-Innung oder ins Versicherungsgewerbe. Da ist sowieso kein Platz mehr. Der eigentliche Krach kommt ja erst,¹¹ auch in der Wissenschaftslandschaft. Jürgen Kocka schrieb schon vor einiger Zeit: „Die Vereinigung der beiden deutschen Wissenschaftssysteme vollzieht sich zu westdeutschen Bedingungen.“ Und: „Überhaupt sind Innovationen gegen die Phalanx der etablierten Organisationen und ihre Interessen nur schwer durchzusetzen.“¹² Wie sich das vollzog, ist der Analyse bedürftig.

Damit zum Vorgang selbst und der vieltausendfach(!) zu beantwortenden bzw. schon beantworteten Frage: Was sind eigentlich fachliche Voraussetzungen für eine Weiterbeschäftigung als Wissenschaftlicher oder Hochschullehrer? Eine Debatte über diese Frage findet hier derzeit in zwei Institutionen statt: öffentlich in den Gerichten und (wieder einmal) geheim in Kommissionen, die ihre Arbeit jetzt abschließen.

Mangelnde „fachliche Qualifikation“ für Hochschullehrertätigkeit meint im Einigungsvertrag zunächst die in der DDR ja leider vorgekommene Abwesenheit elementarer Voraussetzungen: abgeschlossenes Hochschulstudium,

zuzuordnen . . . Die soziale Deklassierung trifft im Osten sehr viele Hochqualifizierte und spezialisierte Arbeitskräfte . . ., ein Viertel davon [hat] sogar einen Hochschulabschluß . . . Ehemalige höhere und mittlere Verwaltungs- und Erziehungskräfte aus dem Staatsapparat der Ex-DDR stellen einen Anteil von knapp 20 Prozent.“ M. Vester, *Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel u. soziale Desintegration in Ost- u. Westdeutschland*. In: *Aus Politik u. Zeitgeschichte* 26/27, 1993, S. 17: „Was Ostdeutschland betrifft, so wird es vermutlich seine Identität entsprechend ausbilden. Der Anglist Jürgen Schulze vergleicht dies mit dem amerikanischen Süden: „Die tiefe Wunde des Civil War ist allgegenwärtig. So ähnlich wird das wohl dem deutschen Osten ergehen!“ Zitat im Zitat: J. Schulze, *Aus Atlanta, Bodenfelde* 1992.

10 C. Wolf., *Ein Ort. Nicht irgendwo*, in: *Berliner Zeitung*, 1. 10. 1991, S. 9.

11 *Fragen des Kulturwissenschaftlers: Was machen die etwa eine Million Arbeitslosen und eine Million Vorruehändler den ganzen langen Alltag? Was unternehmen die Organisationserfahrenen und Programmkundigen unter ihnen, die mehrere hundert Vereine gründen, um an ABM-Stellen (Ost-Berlin 1992: 30 000) zu gelangen, nun aber keine mehr bekommen?*

12 J. Kocka, *Folgen der deutschen Einigung für die Geschichts u. Sozialwissenschaften*. In: *Deutschland-Archiv* 25. 1992, S. 793.

Promotion, Habilitation (respektive Promotion B, also Dr. sc.,¹³ Lehrbefähigungsnachweis (facultas docendi). Diese Qualifikationen sind von den Ländern in der Mehrzahl anerkannt. Wird keine mangelnde persönliche Eignung unterstellt, ergibt sich das Problem der Leistungsbewertung.

Jede darauf bezogene Ansicht ist aber zugleich selbst Gegenstand des wissenschaftlichen Diskurses und demzufolge streitig. In der Kulturwissenschaft oder gar in den Kulturwissenschaften in ihrer Gesamtheit läßt sich derzeit (und wohl auch in Zukunft) kein Konsens darüber finden, was Gegenstand, Methode, Ergebnis usw., also eine „Leistung“ im juristisch verifizierbaren Sinne ist und ein Urteil im Namen des Einigungsvertrages gestattet. Dennoch, die Gerichte müssen dies derzeit feststellen, weil Kommissionen sich festlegten und Entlassungen empfahlen. Dies selbstverständlich in allen Fachgebieten.

Klar müßte sein, daß die eine wissenschaftliche Auffassung oder „Fraktion“ die andere nicht unbelegt denunzieren darf, ihr die Wissenschaftlichkeit nicht ohne triftige Gründe absprechen sollte, noch dazu in sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen. Das verroht die Sitten, zumal wenn das Urteil selbst nicht öffentlich zur Debatte gestellt, sondern in Kommissionen festgelegt und erst auf dem Kündigungswege bekannt wird. Genau dies findet aber statt.

So wird „Mangel an Bedarf“ produziert, der logischerweise konzeptionellen, nicht zuletzt wissenschaftspolitischen Überlegungen folgt. Da aber zugleich Neueinstellungen stattfinden, die Professoren neuen Rechts (meist aus dem Westen) kommen und zum Teil Assistenten mitbringen (was man, ehrlich gesagt, auch oft verstehen kann), müssen Gerichte über fachliche Eignung oder Nichteignung der zu Entlassenden befinden, um festzustellen, ob wirklich kein Bedarf vorliegt. Denn das Gesetz legt zweierlei fest: Es gibt kein Recht auf Übernahme. Die Stellenzahl darf nicht überschritten werden.

Die Rechtsprechung hat sich noch nicht endgültig entschieden, wie zu verfahren ist. Teilweise werden jetzt nach richterlichen Vorgaben dickleibige Abhandlungen über die Verteidiger eingereicht. Ich empfehle allen Historikern, einmal einen solchen Prozeß zu besuchen – und Theaterwissenschaftlern und Talk-Mastern auch, es ist belehrend und unterhaltsam.

Dabei ist nicht anzuzweifeln, daß Evaluationen legitim sind, zumal nach einer „Wende“ und gerade in Bezug auf die Tätigkeit als Hochschullehrer. Zugestanden sogar, daß diese derzeit im Westen und Osten unterschiedliche Verfahren und Folgen haben. So fand auf der Ostseite meist nur eine Anhörung (in der Regel nicht länger als 15 bis 30 Minuten) statt (von den Kommissionen aus gesehen, ein gewaltiger Zeitaufwand). Die Mitspracherechte von Hochschullehrern waren außer Kraft gesetzt, ihr beamtenähnlicher Status (Berufung und Abberufung, nicht Einstellung und Kündigung) schon mit dem

13 Schon die Umwandlungsgeschichte von „Dr. sc.“ in „Dr. habil.“, wem dies warum und wo gelangt, ist ein Stück unerforschte, gemeinsame deutsche „Wende“-Geschichte.

Einigungsvertrag gekippt. So konnte nur Daumen hoch oder Daumen runter die Folge sein.

Nun gut, die Geschichte hat das so ergeben, aber sie setzte noch eins drauf, denn mit der sogenannten „Negativ-Evaluierung“ ist eine Art Berufsverbot verbunden. Kein Kultusminister wird einen Negativ-Evaluierten an eine deutsche Hochschule berufen. Richtig, höre ich sagen und sage ich bisweilen auch. Aber: Die „Evaluierung“, wer weiß das, ist eine „zweck- und stellenbezogene“ Auswahl unter „Berücksichtigung der (dafür!) erforderlichen Eignung“ und keine umfassende fachbezogene Einschätzung der Tauglichkeit der Person für den Hoch- oder Fachhochschuldienst.

Dieses Verfahren kann man kritisieren, es wird vor Gerichten angefochten, aber es ist eben so. Dabei sollte es allerdings normal sein, Fachleute des betreffenden Gebiets zu beauftragen bzw. von solchen Auskünfte einzuholen, zumal die Teilnahme an der Überprüfung freiwillig war. Die Kommissionen sind dazu allerdings nicht verpflichtet gewesen. Die meisten haben ihre Entscheidungskompetenz voll ausgenutzt und eingesetzt.¹⁴

Die Strukturen im Osten standen erstaunlich schnell fest, für die zweck- und stellenbezogen ausgewählt wurde. Die einmal abgesteckten Claims wurden unangreifbar. Und was ist dabei herausgekommen? Für die Kulturwissenschaft dieses: Keine/keiner wurde Hochschullehrerin bzw. -lehrer neuen Rechts an einer Hochschule im beigetretenen Gebiet. In Berlin gibt es noch ein Häuflein Nichtentlassene, das auf eventuelle Überhangstellen und entsprechende Verträge wartet und das sich mit den „Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung“¹⁵ ein Ausdrucksmittel zu erhalten sucht. Man kann darüber und über die Leute, die in der DDR Kulturwissenschaft betrieben,¹⁶ die Unikum wie Unikat waren, wissenschaftlich und politisch denken wie man will – ein historisches Faktum wurde geschaffen und es hat den sozialhistorischen Part besonders getroffen.

Die Sache geht jetzt ihrem Ende entgegen, nur die Gerichte haben noch zu tun. Dann werden die Wunden geleckt. Wenigstens eine Manöverkritik sollte sein.

14 Meine Kommission bestand aus je einem Kunst-, Literatur- und Musikwissenschaftler (diese ‚West‘, letzterer hatte den Vorsitz) und einem Musikwissenschaftler, einer Kunsterzieherin und einer Ästhetikerin (alle ‚Ost‘, letztere hatte den stellv. Vorsitz), hinzu kamen eine „Mittelbauerin“ (Kunstwissenschaft), eine Frauenbeauftragte ohne Stimmrecht (Theaterwissenschaft) und ein Student.

15 Die Themen nach der „Wende“, H. 29–33: Kultureller Wandel bei den Deutschen; Arbeiter und Massenkultur; Geschlechtsverhältnisse/Sexualität; Kultur in Deutschlands Osten; Ostdeutsche Kulturgeschichte.

16 Vgl. V. Gransow, Zwischen Bier u. Bildung. Kulturwissenschaftliche Revisionen in der DDR. in: Deutschland-Archiv 22. 1989, S. 667–71; H. Groschopp, Zwischen Klub- u. Kulturwissenschaft. Aus- u. Fortbildung für Kulturberufe in der DDR (für BMBW-Projekt: Situation Aus- und Fortbildung Kulturwissenschaft in den neuen Bundesländern; Träger: Kulturpolitische Gesellschaft; vor der Auslieferung).